

URGENT ACTION

AKTIVIST INHAFTIERT

BANGLADESCH

UA-Nr: **UA-060/2021** AI-Index: **ASA 13/4236/2021** Datum: **3. Juni 2021** – mk

SHAHNEWAZ CHOWDHURY, 37 Jahre

Dem Ingenieur und Aktivisten Shahnewaz Chowdhury drohen im Falle einer Verurteilung bis zu zehn Jahre Gefängnis, nur weil er friedlich sein Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen hat. Auf Facebook schrieb er, dass das Kohlekraftwerk der Stadt Banshkhali umweltschädigend sei und verurteilte die Ereignisse, bei denen nach Angaben bangladeschischer Organisationen während einer Protestaktion gegen das Kohlekraftwerk zwölf Menschen starben. Shahnewaz Chowdhury wurde auf der Grundlage des repressiven Gesetzes über die digitale Sicherheit (*Digital Security Act – DSA*) in Haft genommen.

Shahnewaz Chowdhury, ein Ingenieur und Aktivist, wurde in der Nacht des 28. Mai 2021 in seiner Wohnung in Gandamara, ein Ortsteil des Stadtbezirks Banshkhali, festgenommen, nur weil er seine Meinung kritisch auf Facebook äußerte. Er hatte einen Beitrag veröffentlicht, in dem er schrieb, dass das Kohlekraftwerk von Banshkhali umweltschädlich sei. Er verurteilte zudem die Ereignisse bei denen nach Angaben bangladeschischer Organisationen zwölf Menschen bei verschiedenen Protestaktionen gegen das Kohlekraftwerk ums Leben kamen. Shahnewaz Chowdhury ist der Meinung, dass das Kohlekraftwerk nicht in dem Maße zur Weiterentwicklung der Stadt beigetragen hat, wie man es sich erhofft hatte. Der Aktivist rief Jugendliche dazu auf, sich „diesem Unrecht zu widersetzen“ und ihre Meinung angstfrei zu äußern.

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung dieses Beitrags wird ihm vorgeworfen, gegen die Paragraphen 25, 29 und 31 des Gesetzes über die digitale Sicherheit verstoßen zu haben: Paragraf 25 über die Verbreitung von „falschen und irreführenden“ Informationen; Paragraf 29 „Rufschädigung des Kohlekraftwerks“ und Paragraf 31 „Verbreiten von Feindseligkeit, Unsicherheit und Unruhe“. Im Falle einer Verurteilung drohen ihm bis zu zehn Jahre Gefängnis.

Das digitale Sicherheitsgesetz wird von den Behörden angewendet, um kritische Stimmen und abweichende Meinungen zu unterdrücken. Shahnewaz Chowdhury wurde nur deswegen inhaftiert, weil er seine kritische Meinung im Internet äußerte. Die eigene Meinung zu äußern ist kein Verbrechen. Die Festnahme von Shahnewaz Chowdhury stellt eine deutliche Verletzung seiner Rechte auf Freiheit und auf freie Meinungsäußerung dar. In internationalen Menschenrechtsnormen, einschließlich des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, zu dessen Vertragsstaaten Bangladesch gehört, wird diesen Rechten ein besonders hoher Wert beigemessen.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Der 37-jährige Ingenieur und Aktivist Shahnewaz Chowdhury aus Bangladesch wurde um 12.05 Uhr in der Nacht des 28. Mai 2021 in seiner Wohnung in Gandamara, ein Ortsteil des Stadtbezirks Banshkhali im Südosten von Bangladesch, festgenommen. Die Polizei leitete ein Verfahren gegen ihn im Zusammenhang mit dem repressiven Gesetz über die digitale Sicherheit ein, weil er in einem Facebook-Beitrag seine kritische Meinung über das Kohlekraftwerk von Banshkhali geäußert hatte.

Im April 2021 reichten fünf Organisation eine Petition ein, aus der hervorging, dass bei verschiedenen Zwischenfällen im Kraftwerk von Banshkhali in den Jahren 2016, 2017 und zuletzt im April 2021 [mindestens zwölf Menschen](#) starben. Bei einer Protestaktion gegen den Bau des Kohlekraftwerks im Jahr 2016 starben mindestens [vier Menschen](#), nachdem die Polizei auf sie geschossen hatte. Bei einer weiteren Protestaktion im April 2021 gegen Unterbezahlung und für weniger Arbeitsstunden während des muslimischen Fastenmonats Ramadan, starben mindestens [sieben weitere Menschen](#) durch Schüsse der Polizei.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321. E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Ein Angestellter des Kraftwerks Banshkhali beschuldigte Shahnewaz Chowdhury, mit seinem Facebook-Post „falsche und beleidigende“ Informationen veröffentlicht, „den Ruf von SS Power 1 Limited (Kraftwerksgesellschaft) befleckt“ und „Feindseligkeit, Instabilität und Chaos geschaffen“ zu haben. Grundlage dieser Anschuldigungen waren die Paragraphen 25, 29 und 31 des Gesetzes über die digitale Sicherheit.

Der Rechtsbeistand von Shahnewaz Chowdhury erläuterte, dass der Facebook-Post keine direkte Anschuldigung gegen das Kraftwerk oder irgendeine Hassrede oder ein herabsetzendes Element enthält. Der Post verweise lediglich darauf, dass zwölf Menschen im Zuge von Protesten gegen das Kraftwerk getötet worden seien. Dennoch ordnete ein niederinstanzliches Gericht in Banshkhali am 30. Mai 2021 an, Shahnewaz Chowdhury zu inhaftieren, nachdem es den Kautionsantrag abgelehnt hatte.

Das Gesetz über die digitale Sicherheit besteht aus vagen und weit gefassten Bestimmungen, die zunehmend dazu verwendet werden, Menschen aus allen Gesellschaftsschichten ins Visier zu nehmen, nur weil sie eine abweichende Meinung äußern und ihr Recht auf freie Meinungsäußerung online wahrnehmen. Im Februar 2021 starb Mushtaq Ahmed, ein bangladeschischer Schriftsteller, im Gefängnis, nachdem er dort zehn Monate in Untersuchungshaft gesessen hatte, weil er auf Facebook die Reaktion der bangladeschischen Regierung auf die Corona-Pandemie kritisiert hatte.

Der UN-Menschenrechtsausschuss hat erklärt, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung die Äußerung jeder Form von Meinung schützt, einschließlich des politischen Diskurses, des Kommentars zu öffentlichen Angelegenheiten und der Diskussion von Menschenrechten. Festgeschrieben ist dieses Recht u.a. im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, zu dessen Vertragsstaaten Bangladesch gehört.

SCHREIBEN SIE BITTE LUFTPOSTBRIEFE ODER E-MAILS MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Sorgen Sie dafür, dass alle Anschuldigungen gegen Shahnewaz Chowdhury fallengelassen und alle weiteren Personen freigelassen werden, die unter dem Gesetz über die digitale Sicherheit inhaftiert sind, nur weil sie ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen haben.
- Sorgen Sie bitte auch für die Aufhebung des Gesetzes über die digitale Sicherheit, sofern es nicht in Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtsnormen, darunter auch der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, dessen Vertragsstaat Bangladesch ist, geändert werden kann.

ACHTUNG! Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

PREMIERMINISTERIN

Sheikh Hasina
Prime Minister's Office
Old Sangsad Bhaban, Tejgaon, Dhaka-1215,
BANGLADESCH (Anrede: Your Excellency / Exzellenz)
E-Mail: ps1topm@pmo.gov.bd und
gowher.rizvi@pmo.gov.bd

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER VOLKSREPUBLIK BANGLADESCH

S.E. Herrn Md Mosharraf Hossain Bhuiyan
Kaiserin-Augusta-Allee 111
10553 Berlin
Fax: 030-39 89 75 10
E-Mail: info@bangladeshembassy.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Bengalisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **3. August 2021** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Drop the case against Shahnewaz Cowdhury and immediately and unconditionally release him and all those accused solely for exercising their right to freedom of expression.
- Repeal the Digital Security Act unless it can be amended in line with international human rights law including the International Covenant on Civil and Political Rights, to which Bangladesh is a state party.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Die UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf freie Meinungsäußerung und für die Situation von Menschenrechtsverteidigern sagten, dass die Abschnitte des Gesetzes, einschließlich derer, die gegen Shahnewaz Chowdhury angewendet wurden, zahlreiche Formen von Äußerungen in vagen und breiten Begriffen kriminalisieren. Die beiden UN-Sonderberichterstatter erklärten, dass das Gesetz über die digitale Sicherheit der Regierung von Bangladesch einen weiten Ermessensspielraum einräumt, um Einzelpersonen unangemessen zu bestrafen, die persönliche Meinungen vertreten oder teilen. Dies habe eine abschreckende Wirkung auf die legitime Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung.

